

23)



# **AKTIONSPROGRAMM**

**1958**

# **AKTIONSPROGRAMM**

## **der**

# **Christlich-Sozialen Union**

## **in Bayern**

### **INHALTSVERZEICHNIS**

|                                    | <b>Seite</b> |
|------------------------------------|--------------|
| Präambel . . . . .                 | <b>3</b>     |
| Allgemeine Staatspolitik . . . . . | <b>4</b>     |
| Kulturpolitik . . . . .            | <b>5</b>     |
| Wirtschaftspolitik . . . . .       | <b>7</b>     |
| Finanzpolitik . . . . .            | <b>10</b>    |
| Sozialpolitik . . . . .            | <b>13</b>    |
| Landwirtschaftspolitik . . . . .   | <b>16</b>    |
| Innere Verwaltung . . . . .        | <b>18</b>    |

**1958**

## **Präambel**

Die Leitgedanken der Christlich-Sozialen Union kommen bereits in ihrem Namen zum Ausdruck. Die CSU ist von dem Willen getragen, im öffentlichen Leben die christlichen Grundsätze zur Geltung zu bringen. In diesem christlichen Geist stellt sich die CSU auch die umfassende soziale Aufgabe, einen wahren Interessenausgleich im Dienste des ganzen Volkes herbeizuführen. So ist sie als Union der Konfessionen und Stände zur wirklichen Volkspartei Bayerns geworden.

Die Prinzipien ihrer Politik hat die CSU in ihrem Grundsatzprogramm niedergelegt, das unverändert in Geltung ist. Sie haben die Union befähigt, in den vergangenen 12 Jahren entscheidend den Auf- und Ausbau des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns und der Bundesrepublik zu gestalten.

Da aber das ständig fortschreitende Leben im Staat immer neue Probleme aufwirft, sieht sich die CSU veranlaßt, von Zeit zu Zeit die neu sich stellenden Aufgaben in einem Aktionsprogramm zusammenzufassen. Auch über ihm stehen unverändert die Leitsätze des Grundsatzprogramms.

Die im Schatten der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl stehende Landesversammlung 1958 der CSU ist der richtige Zeitpunkt, um ein solches Aktionsprogramm der Bevölkerung vorzulegen. Es soll über die konkreten Aufgaben und Ziele, die die CSU in der nächsten Landtagsperiode vor sich sieht, Aufschluß geben.

## Allgemeine Staatspolitik

Die Christlich-Soziale Union wird in ihrer staatspolitischen Arbeit von folgenden Zielsetzungen geleitet:

Ausbau Bayerns zu einem gesunden demokratischen Staatswesen als Rückhalt einer weiteren erfolgreichen demokratischen Entwicklung Deutschlands.

Stärkung und Pflege des bayerischen Staatsbewußtseins.

Entfaltung einer produktiven föderalistischen Politik zur Abwehr der sich mehrenden zentralistischen Gegenkräfte.

Absolutes Festhalten an der föderalistischen Struktur des Grundgesetzes und Pflege des föderalistischen Gedankens als Prinzip der Zusammenarbeit und nicht der Trennung.

Wiedervereinigung des getrennten Vaterlandes in Frieden und Freiheit.

Unterstützung einer deutschen Außenpolitik, die alles unternimmt, daß die Spannung zwischen Ost und West nicht zu einem Kriege führt.

Eine den deutschen Kräften angemessene Beteiligung an der militärischen Sicherung der freien Welt durch den Auf- und Ausbau unserer Bundeswehr auf dem demokratischen Prinzip einer allgemeinen Verteidigungspflicht.

Das von der CSU als Naturrecht anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker läßt sie die heimatpolitischen Anliegen der Vertriebenen mit Nachdruck vertreten.

Bejahung und tatkräftige Unterstützung der wirtschaftlichen Integration Europas als Voraussetzung der Sicherung seiner Existenz und Freiheit.

## Kulturpolitik

Aus christlicher Grundeinstellung vertritt die CSU eine Kulturpolitik, die im Geist wahrer Toleranz die Freiheit der Persönlichkeit, die Achtung vor der Würde des Menschen und den Schutz der Familie gewährleistet, die sich den Forderungen unserer Zeit und allem gesunden Fortschritt nicht verschließt und doch unseren überkommenen kulturellen Reichtum bewahrt. Aus dieser Haltung der CSU erwachsen die nachstehenden kulturpolitischen Zielsetzungen ihres Aktionsprogramms 1958:

1. Die CSU tritt dafür ein, daß der Zugang zu den Bildungswegen allen Geeigneten und Willigen offen steht. Soziale Herkunft und finanzielle Möglichkeiten dürfen für die Wahl des Bildungswesens nicht bestimmend sein. Die verantwortliche Entscheidung der Eltern für den Bildungsgang und Bildungsweg ihrer Kinder darf vom Staat nicht geschmälert werden.
2. Die CSU strebt an, daß die staatlichen Schulen räumlich und personell großzügig ausgestattet und nach den modernsten Erkenntnissen geführt werden. Sie hält es für notwendig, Errichtung und Ausbau nach einem festen Plan vorzunehmen, der eine gleichmäßige schulische Versorgung des ganzen Landes gewährleistet. — Neben den staatlichen aber auch die gemeindlichen und privaten Schulen insbesondere durch die notwendige finanzielle Hilfe zu sichern, bleibt eine wichtige Forderung der CSU. Sie betrachtet die wissenschaftliche und menschliche Ausbildung der Lehrer aller Schulen, die politische und soziale Erziehung der Jugend und die Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern, namentlich durch Kindergärten und Horte, nach wie vor als bedeutsame Anliegen.
3. Die CSU ist gewillt, den äußeren und inneren Schwierigkeiten der bayerischen Hochschulen auch künftig durch weitschauende Baumaßnahmen, Förderung der Nachwuchskräfte, studentische Hilfs-einrichtungen und gesetzliche Festigung der akademischen Selbstverwaltung zu begegnen. Der Ausbau der Pädagogischen Hochschulen soll entsprechend dem Gesetz über die Neuordnung der Lehrerbildung tatkräftig weitergeführt werden. Die Freiheit der Forschung und Lehre dient dem Fortschritt aller Menschen und dem Frieden unter den Völkern; sie muß gegen alle Gefahren und Einflußnahmen abgeschirmt werden. — In der Kunst hat der Staat die schöpferischen Talente zu fördern, aber keine Kunstrichtungen zu bestimmen. Die große Tradition der bayerischen staatlichen Theaterpflege wünschen wir mit aller Kraft hochzuhalten.

4. Die CSU beabsichtigt, neben den Jugendförderungsmaßnahmen des Bundes raschestens einen Landesjugendplan aufzustellen, der sich nicht im Aufzeigen finanzieller Zuschüsse erschöpft, sondern alle Kräfte für eine gesunde Jugendpflege zur Entfaltung bringt. Den Turnhallen- und Sportplatzbau wollen wir so vorantreiben, daß alle Schulen regelmäßig Leibeserziehung betreiben können und daß für Vereine und Jugendgruppen genügend Übungsstätten zur Verfügung stehen.
5. Die CSU ruft die Volks- und Erwachsenenbildungsvereinigungen auf, neue Arbeitsmethoden und -ziele zu erarbeiten, die unter gleichmäßiger Berücksichtigung aller vorhandenen und entstehenden Einrichtungen und unter Wahrung ihrer vollen Eigenständigkeit den Bildungsgedanken in breitere Volksschichten tragen. Wir wünschen nachdrückliche und gerechte Förderung der Bildungseinrichtung, aber nicht eine Reglementierung durch den Staat.
6. Für die CSU ist ein freundschaftliches Verhältnis des Staates zu den christlichen Kirchen ein Kernanliegen. Es ist vor allem unter dem Gesichtspunkt sorgsam zu pflegen, daß die Kirchen wichtige Bildungsträger und Bildungsvermittler für Jugend und Erwachsene sind und daß die ganzheitliche christliche Erziehung und die religiösen Werte für die menschliche Persönlichkeit und für die Gesellschaft vom Staat in vollem Umfang anerkannt werden müssen.
7. Es ist eine unabdingbare Forderung der CSU, daß die Länder als selbständige Teile eines bundesstaatlich gegliederten Ganzen im Bereich der Kulturpolitik in freier Verantwortung eigene Entscheidungen treffen können. Die Länder müssen durch einen gerechten Finanzausgleich mit dem Bund die Mittel erhalten, die sie für eine dem heutigen Stand der Wissenschaft entsprechende fortschrittliche Kulturpolitik brauchen. Unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Aufgabenverteilung erstrebt die CSU eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Land und Bund, um so die kulturellen Ziele, die über den Bereich der Länder hinausgehen, in gemeinsamer Anstrengung zu verwirklichen.

## Wirtschaftspolitik

Die fortschreitende Integration der europäischen Wirtschaft, die ständige Zunahme des weltwirtschaftlichen Güteraustausches und die in Gang befindliche Industrialisierung der Entwicklungsländer lassen für die Zukunft eine beträchtliche Verschärfung des Wettbewerbs für die bayerische Wirtschaft erwarten. Deshalb muß die gesamte Wirtschaftspolitik Bayerns darauf ausgerichtet werden, das Potential und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft den steigenden Anforderungen entsprechend zu heben. Die Wirtschaft muß in die Lage versetzt werden, einer erhöhten Beanspruchung standzuhalten und in höchstmöglichem Ausmaß Vorteile aus der zu erwartenden Vergrößerung des Wirtschaftsvolumens und der gegenseitigen Durchdringung der Märkte in Europa und Übersee zu ziehen.

Im Wissen um diese neue Entwicklung erhebt die CSU 9 wirtschaftspolitische Forderungen:

1. Die CSU weist darauf hin, daß unsere Wirtschaft den steigenden Anforderungen im wirtschaftlichen Großraum nur gewachsen sein wird, wenn die Unternehmen hinsichtlich ihres finanziellen, betriebsorganisatorischen und technisch-maschinellen Status dafür gerüstet sind. Diese Forderung hat in der vorwiegend mittelständischen Wirtschaft Bayerns um so mehr Gewicht, als ihrer Erfüllung bei den mittleren und kleinen Unternehmen aus betriebsstrukturellen, kreditpolitischen und sonstigen Gründen besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Deshalb muß sich die bayerische Mittelstandspolitik in erster Linie um Maßnahmen bemühen, die der finanziellen Konsolidierung der Unternehmen, ihrer Ausstattung mit Investitionskapital, der Beratung in Fragen der Rationalisierung, der Fortbildung der jungen Unternehmer und einer den modernen Erfordernissen entsprechenden kaufmännischen und technischen Ausbildung der Arbeiter und Angestellten dienen.
2. Die CSU wird im Benehmen mit der Bundesregierung mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß die Kapitalbildung in Fluß bleibt und daß darüber hinaus gegebenenfalls neue Finanzierungs- und Kapitalbildungsquellen der Wirtschaft erschlossen werden. Sie wird bei diesem Bemühen geleitet von der Erkenntnis, daß die Automation, die Schaffung der technischen und kapitalmäßigen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Verwertung der Kernenergie, die Anpassung der Verkehrsanlagen und -mittel an das steil ansteigende Verkehrsvolumen, die unerläßliche Vorbereitung der Land-

wirtschaft auf ihre Verschmelzung mit dem europäischen Markt und andere Vorhaben hohe Ansprüche an die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes stellen werden. Die Aufbringung und Bereitstellung des beträchtlichen Kapitalbedarfs muß mit marktkonformen Mitteln geschehen; eine verstärkte Einflußnahme von Staat und Verwaltung auf die in Frage kommenden Wirtschaftsbereiche muß vermieden werden.

3. Die CSU tritt dafür ein, daß im Interesse einer gesunden Gesamtwirtschaft Bayerns den wirtschaftlich schwachen Teilgebieten in Niederbayern und den sonstigen Landesteilen auch künftig staatliche Hilfe zur Verbesserung ihrer strukturellen Grundlagen gewährt wird. Da sich bei anhaltend günstiger Konjunktur im Stadium der Vollbeschäftigung der Sog der industriellen Ballungsräume verstärkt, besteht für die schwach entwickelten Räume die Gefahr der Abwanderung wertvoller Arbeitskräfte. Deshalb müssen in diesen Räumen neue Arbeitsplatzkapazitäten geschaffen werden.
4. Die CSU betrachtet es als vordringliches Anliegen, im besonderen Maße in den Grenzgebieten die industrielle und gewerbliche Basis weiter zu verbreitern. Die Möglichkeit, die Grenzlandförderung auf marktkonformen Wegen zu verstärken, muß geprüft und zugleich der Anreiz zur Betätigung unternehmerischer Initiative, u. a. durch weitgehende steuerliche Begünstigung noch weiter erhöht werden. Darüber hinaus verlangt die staatspolitische Sorge für das Wohl der Grenzlandbevölkerung eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen; insbesondere muß den Bedürfnissen im kulturellen und sozialen Bereich sowie auf den Gebieten des Gesundheitswesens, der Verkehrswirtschaft und der landwirtschaftlichen Erzeugung in steigendem Maße Rechnung getragen werden.
5. Die CSU ist gewillt, die mittelständische Wirtschaft sowohl gegen die Auswirkungen der Kapitalkonzentration in großbetrieblichen Wirtschaftsformen, als auch gegen eine Überbeanspruchung durch Steuer- und Soziallasten zu schützen. Die Erträge des Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, aus der Produktivitätssteigerung der Unternehmen dürfen nicht durch Überforderung ihrer finanziellen Leistungskraft ausgezehrt werden, sondern müssen ihnen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis zur Verfügung stehen.
6. Die CSU betrachtet es als gebieterisches Erfordernis, im Hinblick auf die räumliche Integration der Wirtschaft das internationale Straßennetz auszubauen und es durch die regionale Verkehrser-

## Sozialpolitik

Wenn auch die Sozialpolitik in der Hauptsache Aufgabe des Bundes ist, so wird die CSU auch künftig vom Land aus alle Möglichkeiten ausschöpfen, um auf die Gestaltung der Sozialgesetzgebung Einfluß zu nehmen.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß im Mittelpunkt einer christlichen Sozialpolitik der Mensch steht, sieht die CSU im weiteren Ausbau des sozialen Rechtsstaates eine besondere Verpflichtung. Sie bejaht die Fortführung der sozialen Marktwirtschaft, sie bejaht auch die Freiheit der Sozialpartner, betont aber gleichzeitig deren Verantwortung für eine maßvolle Lohn- und Preispolitik. Die CSU lehnt jeden Klassenkampf ab und bejaht die Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

An konkreten Aufgaben erachtet die CSU die Lösung folgender Probleme für notwendig und dringlich:

1. Kernstück der Sozialpolitik der CSU ist die Eigentumsbildung in Arbeiterhand. Deshalb treten wir für die Förderung der Bildung von Sparkapital und der Schaffung von Wohnungseigentum mit Nachdruck ein.
2. Die CSU betreibt die Fortführung der Förderung von Familienheimen. Darüber hinaus müssen auch künftig wieder für den sozialen Wohnungsbau zu den Bundesmitteln ausreichende Landesmittel gegeben und für kinderreiche und sozial schwache Familien sowie für junge Familien Mittel zusätzlich bereitgestellt werden.
3. Die CSU setzt sich für eine rasche Durchführung der Reform der sozialen Krankenversicherung ein. Neben der wirtschaftlichen Sicherheit des Arbeiters im Krankheitsfall wollen wir vor allem eine Verbesserung der Leistungen für langandauernde Erkrankungen. Weiter wünschen wir eine zeitgemäße Neuordnung des Kasernenarztes.
4. Durch die Reformgesetze wurde die Existenzsicherung der Arbeiter und Angestellten im Alter und bei vorzeitiger Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gesichert. Härten, die sich in der Praxis ergeben haben, müssen beseitigt werden.
5. Die CSU fordert, bei der Weiterführung der Reform der Sozialversicherung darauf zu achten, daß die Beitragsleistungen in der Gesamtsozialversicherung an der vertretbaren oberen Grenze an-

gelangt sind. Weitere Beitragserhöhungen müssen vermieden werden, weil sonst die eigene Vorsorge und der Wille zur Eigentumsbildung untergraben wird.

6. Die CSU setzt sich für eine rasche ausreichende Altersversorgung des Handwerks, der Landwirtschaft und der freien Berufe ein.
7. Die CSU wird sich für eine rasche Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgesetzes einsetzen.
8. Die Christlich-Soziale Union wird wie bisher ihre besondere Verpflichtung in einer guten und zeitgemäßen Versorgung der Kriegs- und Wehrdienstopfer sehen. Wir setzen uns daher für eine Neufassung des Bundesversorgungsgesetzes ein.

Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die infolge ihrer Opfer an steigenden Wohlstand des Volkes aus eigener Kraft nicht teilhaben können, müssen durch eine zeitgemäße Renten- und Berufsversorgung einen entsprechenden Ausgleich erhalten.

Die Christlich-Soziale Union setzt sich im einzelnen dafür ein, daß die in Bayern vorhandenen Kur- und Versorgungsanstalten erhalten und zeitgemäß ausgebaut werden. Der Lebensunterhalt für Familienangehörige ist während der erforderlichen Kurbehandlung in ausreichendem Maße sicherzustellen. Wir fordern, daß die Schwerstbeschädigten, deren Schäden die normale 100%-Grenze übersteigen, ein zusätzlicher Ausgleich erfolgt.

Die Neuordnung der Grundrenten ist der Art der Schädigung anzupassen. Wir setzen uns dafür ein, daß Beschädigte und Kriegshinterbliebene, die es versäumt haben innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist ihr Recht geltend zu machen, die gesetzliche Versorgung dennoch erhalten können.

Nachuntersuchungen von Kriegsbeschädigten sind aus Gründen der Rechtssicherheit in all den Fällen zu unterlassen, in denen seit vielen Jahren keine Änderung des Grades der Beschädigung festgestellt worden ist.

Die Abfindung von Rentenansprüchen ist in allen Fällen zu ermöglichen, in denen der Lebensunterhalt nicht gefährdet wird und eine Sicherung der Existenzgrundlage erreicht werden kann.

Die CSU strebt die Verwirklichung einer guten und gerechten Versorgung der Kriegs- und Wehrdienstopfer um so mehr an, als unsere Jugend gegen Schäden beim Dienst in der Bundeswehr gesichert sein muß.

9. Die Familie als Keimzelle für Volk und Staat muß in ihrer wirtschaftlichen Lage weiterhin gesichert werden. Wir fordern vor allem eine familienfreundliche Steuerpolitik.

10. Durch das Lastenausgleichsgesetz konnten die Heimatvertriebenen wieder in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert und den Kriegssachgeschädigten eine Schadenshilfe gewährt werden. Die CSU wird sich bei der Durchführung dieses Gesetzes vor allem für eine schnelle Abwicklung der Hauptentschädigung sowie für eine Vorfinanzierung aus dem Lastenausgleich einsetzen.

## Landwirtschaftspolitik

Die deutsche Agrarpolitik wird in wachsendem Maße beherrscht von Problemen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung zum Großraum und mit der Niederlegung der bisherigen zoll- und handelspolitischen Schranken zwischen den Ländern der EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT zusammenhängen. Trotzdem bleibt auch für die einzelnen deutschen Länder und besonders für Bayern im landwirtschaftlichen Bereich noch eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen.

1. Das zentrale landwirtschaftspolitische Anliegen der CSU zielt auf eine Stärkung des bäuerlichen Familienbetriebes, um so gegen Druck und Sog des Kollektivs ein wirksames Gegengewicht zu erhalten. Die CSU besteht daher auf einer Forcierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur. Sie wünscht, daß die Maßnahmen des Grünen Plans von Bayern aus mit allem Nachdruck unterstützt und durch Bereitstellung von Mitteln aus dem eigenen Haushalt, an die sie vielfach als Voraussetzung gebunden sind, gefördert werden.
2. Die CSU setzt es sich als ein vordringliches agrarpolitisches Ziel, die Seuchenfreimachung der Rindviehbestände innerhalb von drei Jahren abzuschließen. Auch psychologisch wird diese landwirtschaftspolitische Maßnahme für die Förderung des Absatzes von Frischmilch und von Milchprodukten von großer Bedeutung sein. Nebenher treten wir für die Fortführung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Brucellose und Bang ein.
3. Weiter hat nach Auffassung der CSU die Förderung der Technisierung unserer Bauernhöfe, einschließlich des Silobaus, der Unterdächtdrocknung und anderer fortschrittlicher Methoden vorangetrieben zu werden, weil dies der anhaltende und noch fortschreitende Mangel an familienfremden Arbeitskräften gebietet. Wir wollen dadurch neben der Einsparung von menschlichen Arbeitskräften gleichzeitig eine Verbilligung und Rationalisierung der Produktion erreichen. Wir wünschen, daß der Staat sich mit der Förderung der Entwicklung und Erprobung neuer Landmaschinen einschaltet und Zuschüsse zur genossenschaftlichen Maschinenanschaffung und ähnlichen Maßnahmen gewährt.
4. Die CSU tritt dafür ein, daß die bisherige finanzielle Förderung der Flurbereinigung nicht nur aufrechterhalten, sondern noch erweitert wird, zumal eine rationelle Maschinenanwendung sehr oft

ein rasches Voranschreiten der Flurbereinigung geradezu voraussetzt. In engem Zusammenhang mit der Flurbereinigung muß eine verstärkte Förderung des Baues von ländlichen Wirtschaftswegen sowie von Be- und Entwässerungsmaßnahmen stehen.

Den für den fränkischen Weinbau vorgesehenen und bereits angelaufenen 10-Jahres-Plan unterstützt die CSU nachdrücklich ebenso wie die Förderung der übrigen in Bayern wichtigen heimischen Spezialkulturen wie den Hopfenbau, den Tabakbau und vor allem den Gesamtbereich des Obst- und Gemüsebaues.

5. Ein besonderes Augenmerk wird die CSU der Aufstockung zu kleiner Betrieben zuwenden. Diese Aufgabe tritt im Zeitalter der Technisierung mit besonderem Nachdruck in den Vordergrund; ihr wurde von der jetzigen Regierung bereits besondere Beachtung geschenkt.
6. Als weiteres Anliegen betrachtet es die CSU, die Überführung der seit 1948 geschaffenen Siedlerstellen in das Eigentum der Siedler beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Gleichzeitig wünschen wir denjenigen, welche zur Ermöglichung der Schaffung von tausenden neuer Siedlungsstellen für die Heimatvertriebenen Grund und Boden aus ihrem Besitz abgegeben haben, rasch die angemessene Entschädigung zukommen zu lassen. Die jetzige Regierung hat die dafür erforderlichen Mittel schon bereitgestellt; wir wünschen, daß die Durchführung der Entschädigungsmaßnahmen möglichst im Verlauf eines Jahres zum Abschluß gebracht wird.
7. Die CSU wird schließlich bemüht sein, die Fragen, die nicht im bayerischen Rahmen allein behandelt und gelöst werden können, wie z. B.

kostendeckende Preise,  
Sicherung der Absatzmöglichkeiten,  
Schutz vor einer erdrückenden Auslandskonkurrenz,  
Umstellungen im Grünen Plan zur Verbesserung unserer Agrarstruktur,

über ihre Landesgruppe im Bundestag und im Benehmen mit der Bundesregierung im Interesse der Erhaltung unseres Bauernstandes zu klären.

## **Innere Verwaltung**

Die Christlich-Soziale Union tritt ein für eine saubere, den Bedürfnissen unserer Zeit angepaßte Verwaltung, die sich auf ein pflichtgetreues, bevölkerungsnahes, staatsbewußtes und materiell genügend gesichertes Berufsbeamtentum stützt. Sie erstrebt für das innere Gefüge unseres demokratischen Staatswesens eine vermehrte Stärkung und Sicherung.

An konkreten Zielsetzungen auf dem Gebiet der inneren Verwaltung sind zu nennen:

1. Die CSU ist gewillt, durch Abbau von Verwaltungsaufgaben auf allen Gebieten dem „Ruf nach dem Staat“ zu begegnen und darüber hinaus die notwendigen Voraussetzungen einer wirksamen Staatsvereinfachung zu schaffen. Dabei müssen die Vereinfachungsmaßnahmen auch in Einsparungen im Staatshaushalt sichtbar werden und sie dürfen für den Bürger keine unzumutbaren Belastungen bedeuten.
2. Die CSU wünscht die Selbstverwaltung der Gemeinden, Städte und Landkreise weiterhin durch finanzielle Hilfen des Staates neben denen des Bundes so zu fördern, daß die Selbstverwaltung ihren Aufgaben voll gerecht werden kann.
3. Ein Kernanliegen der CSU bleibt die Überwindung des Wohnungsmangels durch Fortführung des derzeitigen großzügigen Bauprogrammes unter besonderer Betonung des sozialen Wohnungsbaues. Sie wünscht darüber hinaus bei den Förderungsmaßnahmen eine vermehrte Berücksichtigung der Evakuierten, um deren Rückführung in die Heimatorte zu ermöglichen.
4. Besonderes Augenmerk wird die CSU auch in Zukunft dem Straßenbau zuwenden. Als Voraussetzung für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes ist er — wie bereits in diesem Jahr, so auch in den nächsten Jahren — mit erhöhten Mitteln zu fördern.
5. Die CSU hält zur Behebung der Notlage der Krankenanstalten eine in diesem Jahr bereits eingeleitete starke Erhöhung der Darlehensmittel für den Bau kommunaler Krankenhäuser für unerläßlich. Daneben müssen auch die finanziell notleidenden freigemeinnützigen und privaten Krankenanstalten ausreichend gefördert werden und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Bauvorhaben als auch hinsichtlich ihrer Einrichtung und Ausstattung. Der Schwesternnachwuchs muß mit allen Mitteln gefördert werden.